
Konstitutive Prinzipien für Deutschland

In USA ist die „Inaugural Address“ des (wieder-)gewählten Präsidenten ein wichtiges nationales Symbol. Sie soll eine Brücke schlagen zwischen Vergangenheit und Zukunft, Tradition und Modernisierung, Bewahrung und Veränderung. Die politische Macht und die wirtschaftliche Kraft Amerikas, die Leistungsfähigkeit seiner Bevölkerung und der Appell an gemeinsame Werte und Ideale sind unverzichtbare Inhalte der Rede des Präsidenten. Bei George Washington ging es um die „Unabhängigkeit und Freiheit“ Amerikas und der Amerikaner, die es zu schützen galt. Abraham Lincoln bat die vom Bürgerkrieg gesplante Bevölkerung, „Groll gegen niemanden“ und „Nächstenliebe gegen alle“ walten zu lassen. Unvergessen, und immer wieder zitiert, ist der Aufruf John F. Kennedys, dass der Einzelne nicht fragen möge, was das Land für ihn tun könne, sondern, was er für das Land tun solle.

Bei der Inauguralansprache steht nicht die sachliche Information über die aktuelle Lage im Mittelpunkt. Es geht auch weniger um die detaillierten Absichten des Präsidenten und überhaupt nicht um die konkrete Ausgestaltung seiner Politik. Vielmehr bestimmt der Präsident die aus seiner Sicht zentralen kommenden Herausforderungen. Er macht klar, dass er bereit und in der Lage ist, Amerika in eine erfolgreiche Zukunft zu führen. Er appelliert in der Regel mit patriotischer Rhetorik und manchmal mit pathetischer Sprache an das Volk, ihn auf seinem Weg und bei seinen Schritten zu unterstützen. Vor vier Jahren hat George Bush das Mitgefühl als zentrale amerikanische Tugend und den „mitfühlenden Konservatismus“ als seine Regierungsphilosophie hervorgehoben. In diesem Jahr ist es ihm darum gegangen, seinen Landsleuten, aber mehr noch der Weltgemeinschaft insgesamt, zu dokumentieren, dass sich Amerika als Vorbild und Vorreiter im Kampf für Demokratie und gegen Terrorismus versteht.

Die Rede des amerikanischen Präsidenten scheint vielen Europäern zu Recht zu schwülstig, zu pathetisch, zu patriotisch und zu weit weg von den Tagesproblemen zu sein. Nichtsdestoweniger bietet sie den Amerikanern ein sinnstiftendes Bezugssystem und eine langfristige Orientierungshilfe. Es ist der unerschütterliche Glaube an das gemeinsame ideelle Fundament, der zu einem scheinbar durch nichts zu brechenden Optimismus führt. Obwohl die wirtschaftlichen Herausforderungen in den USA nicht minder gewichtig als in Europa sind und bei genauerer Analyse die Staatsverschuldung, das Leistungsbilanzdefizit, die Probleme des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie die Finanzierung der sozialpolitischen Wahlgewinne weit schwerer wiegen, reagieren Amerikaner und Europäer völlig unterschiedlich. Währenddem die Amerikaner weiterhin fröhlich konsumieren, macht in Deutschland das böse Wort des „Angstsparens“ die Runde. Deutsche Unternehmer legen ihre reichlichen Liquiditätsreserven lieber in festverzinslichen Wertpapieren an, als sie in neuen Projekten zu investieren. Nur langsam kommt deshalb auch in diesem Jahr – wenn überhaupt – die deutsche Binnennachfrage in Schwung.

Wie lässt sich in Europa und vor allem in Deutschland die pessimistische Stimmung in einen Optimismus drehen? Es würde helfen, sich die Inauguralansprachen der amerikanischen Präsidenten vor Augen zu halten. Was Deutschland wirklich nötig hat, sind gesellschaftliche Visionen und ordnungspolitische Strategien zu deren Umsetzung. Es braucht eine Wiedergeburt der Ordnungspolitik



Thomas Straubhaar

und eine Wiederbesinnung auf ihre deutschen Wurzeln. Eine Lebensordnung zu schaffen, bedeutet, den Menschen eine Orientierung zu geben. Kein anderer hat wie Walter Eucken auf die sinnstiftende Notwendigkeit einer „funktionsfähigen und menschenwürdigen Ordnung der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Rechtes und des Staates“ hingewiesen. Er hat die konstitutiven Prinzipien genannt, die für eine funktionsfähige Wirtschaftsordnung vonnöten sind: Offene Märkte, freie Preisbildung, Geldwertstabilität, Privateigentum, Vertragsfreiheit und volle Haftung der wirtschaftlichen Akteure für ihr Tun und Lassen. Zentral aber ist eine stetige und vorhersehbare Wirtschaftspolitik. Nur so können Unternehmer, Konsumenten und Sparer ihre individuellen Entscheidungen verlässlich planen.

Was in den USA eine Selbstverständlichkeit ist und von jedem Präsidenten erwartet wird, nämlich die gemeinsamen ideellen Werte zu pflegen und zu erneuern, muss auch für Deutschland und seine politische Führung zum vordringlichen Anliegen werden. Im Deutschland von heute sollte die Inauguralansprache nicht nach, sondern vor der Wahl gehalten werden. Wer im Jahre 2006 Bundeskanzler(in) werden will, müsste den Wähler(innen) zuallererst klar machen, für welches gesellschaftliche Leitbild er oder sie steht und mit welchem ordnungspolitischen Kurs die langfristigen ökonomischen Ziele erreicht werden sollen. Die Kandidaten müssten offen legen, welche Prinzipien sie für eine funktionsfähige Wirtschaft für konstitutiv und damit für verbindlich und unverzichtbar halten.

Für die Wähler(innen) gilt es, jener starken Persönlichkeit die Stimme zu geben, die, dem amerikanischen Präsidenten gleich, der Bevölkerung garantiert, an den konstitutiven Prinzipien auch dann festzuhalten, wenn ein Abweichen zu Gunsten einzelner starker Interessengruppen politisch opportun werden könnte. Wie der europäischen Geldpolitik durch den Stabilitätspakt Fesseln auferlegt sind, die mancher Politiker heute nur zu gerne abstreifen möchte, braucht die deutsche Wirtschaftspolitik konstitutive Prinzipien, die rechtlich verbindlich sind, und die sich nicht so rasch per Regierungsdekret oder mit einfacher parlamentarischer Mehrheit verändern lassen.

Die konstitutiven Prinzipien für das Deutschland des 21. Jahrhunderts müssen über die ökonomische Sphäre hinausgehen, steht doch die Wirtschaftsordnung mit allen übrigen Bereichen des menschlichen Lebens in einer engen gegenseitigen Wechselwirkung. Der Interdependenz der wirtschaftlichen, politischen, rechtlichen und sozialen Ordnungen Rechnung zu tragen, ist seit Eucken nach wie vor die fundamentale wirtschaftspolitische Herausforderung. Es gilt, das Verhältnis zwischen hoheitlicher Gewalt und individueller Freiheit festzulegen. Die konstitutiven Prinzipien müssen die Würde des Menschen, seine Freiheit und Eigenverantwortung garantieren. Sie haben zu verhindern, dass staatliche Willkür oder private Wirtschaftsmacht die freie Betätigung des Einzelnen beeinträchtigt. Im Weiteren sollen sie unverschuldete wirtschaftliche Not beseitigen und einen minimalen Lebensstandard sicherstellen.

Angesichts der demographischen Alterung und der damit verbundenen Verschiebung der politischen Machtverhältnisse zu älteren und alten Bevölkerungsschichten gilt es schließlich, mit verbindlich einzuhaltenden konstitutiven Prinzipien heute bereits dafür zu sorgen, dass künftige Generationen vor der Ausbeutung durch die älter werdende Mehrheit geschützt bleiben. Alleine schon die noch jüngeren Generationen haben also ein riesiges Interesse daran, frühzeitig in einer Inauguralansprache zu erfahren, wie ernst ihre politische Führung es mit den konstitutiven Prinzipien nimmt.